

## **KAoA / Neues Übergangssystem NRW**

Die Vollversammlung hat beschlossen:

- Die IHK soll sich aktiv in die Mitgestaltung der Berufswahlorientierung in allgemeinbildenden Schulen einbringen, um so die Möglichkeiten und Chancen einer beruflichen Qualifizierung deutlicher zu machen.
- Die IHK als regionale Koordinierungsstelle des Ausbildungskonsenses soll die Einbeziehung der kommunalen Koordinierungsstellen in den Ausbildungskonsens weiter forcieren, um die bereits bestehenden Strukturen zu nutzen und eine effektive Kommunikation aller regionalen Ausbildungsmarktpartner sicherzustellen.
- Die IHK soll bei ihren Mitgliedsunternehmen für die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für die Berufsfelderkundung und Berufspraktika werben.
- Die IHK spricht sich im konstruktiven politischen Dialog gegen eine, wie auch immer gestaltete, Ausbildungsumlage aus.

## **KAoA / Neues Übergangssystem NRW**

Die Vollversammlung hat beschlossen:

- Die IHK soll darauf hinwirken, dass bei der Berufswahlorientierung und bei den Übergangsempfehlungen die Bedürfnisse und Möglichkeiten des regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes im Fokus stehen. Die IHK soll sich dabei politisch und operativ dafür einsetzen, dass
  - die duale Berufsausbildung Vorrang hat.  
Können Ausbildungsplätze in Unternehmen nicht besetzt werden, so dürfen in diesen Berufen keine alternativen außerbetrieblichen Qualifizierungskonzepte angeboten werden.
  - keine Qualifizierungskonzepte angeboten werden, für die es keine regionalen Beschäftigungspotentiale gibt.
  - außerbetriebliche Qualifizierungskonzepte so gestaltet werden, dass immer der Übergang in eine duale Berufsausbildung forciert wird.